



Vierteljähriger Monatszeitung in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.  
Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer  
fünfseitigen Seite in Beitschrift 1½ Sgr.

Nr. 166. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
ankarten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Dienstag, den 8. April 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Wien.** 7. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantragte Staatsminister Lasser eine Interpellation des Abgeordneten Rogawski bezüglich der in Galizien stattfindenden umfangreichen Untersuchungen. Der Minister erörterte Stellen aus abgegrenzten Liefern und aus Gebeten, welche geeignet seien, gegen die österreichische Regierung Hass zu erwecken und den Staatsverband zu gefährden. Die Regierung habe von den Untersuchungen Kenntnis erhalten und finde, daß die Behörden pflichtgemäß handeln. Sie werde künftig nicht durch lange Duldung derartiger Vorgänge Anlaß zu Vorwürfen geben.

**Turin.** 5. April. Die „Turiner Zeitung“ dementiert die Nachricht, daß Garibaldi zum Inspektor der Nationalgarde ernannt werden soll.

**Turin.** 6. April. Aus Neapel wird gemeldet, daß die Bande Crocco's zerstört und 25 Mann davon getötet seien. Die Franzosen hätten Chiavone's Bande bei Brato-Campoli angegriffen und zerstreut. Am Freitag hätten die Franzosen eine aus Veroli kommende Sendung von Provision für die Brigante angehalten.

**Paris.** 6. April. Die „Patrie“ erklärt für unwahr, daß General Goyon Nom verlassen werde. Er werde sein Commando behalten und auch Herr Lavalette, fügt das Blatt hinzu, werde auf seinen Gesandtschaftsposten in Rom zurückkehren.

## Preußen.

**Berlin.** 7. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruht, den nachgezeichneten Offizieren etc., als Auszeichnung für die bei Abwendung der Gefahr durch den großen Wasserstand geleisteten Dienste, Orden und Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar: den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Commandanten von Küstrin, Obersten Freiherrn v. Schleinitz, à la suite des 1. Bataillons (Berlin) 2. Garde-Landmehr-Regiments; den rothen Adlerorden vierter Klasse: dem Oberst-Lieutenant Paris im 5. Brandenburgischen Infanterie-Regt. Nr. 48, dem Platz-Ingenieur in Torgau, Major Bock, dem Artillerie-Offizier vom Platz in Torgau, Hauptmann Munk, dem Hauptmann und Compagnie-Commandeur Giese im Magdeburgischen Pionier-Bataillon Nr. 4, dem Hauptmann Burbach in der Brandenburgischen Artillerie-Brigade Nr. 3, den Premier-Lieutenants v. Tippelskirch im 5. Brandenburgischen Infanterie-Regt. Nr. 48 und Wenzel in der 2. Ingenieur-Inspection; das allgemeine Ehrenzeichen: dem Oberfeuerwerker Krömer in der Schlesischen Artillerie-Brigade Nr. 6, dem Feldwebel Maerker im 5. Brandenburgischen Infanterie-Regt. Nr. 48, dem Wallmeister Borpahl in Küstrin, dem Sergeanten Lichtenfeld in der Brandenburgischen Artillerie-Brigade Nr. 3, den Unteroffizieren Müller und Anlauf im Schlesischen Pionier-Bataillon Nr. 6, so wie dem Polizeimeister, ehemaligen Feldwebel Tittschäck in Küstrin.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem praktischen Arzt Dr. Nübel zu Münster den Charakter als Sanitäts-Rath; und dem Regierungs-Kanzlei-Inspektor Dennig zu Liegnitz den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; der praktische Arzt, Dr. v. Massenbach, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Langensalza ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem Leib-Arzt, General-Arzt Dr. Böger, attachirt dem Medizinalstabe der Armee, die Erlaubniß zur Anlegung der von des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin königl. Hoheit ihm verliehenen goldenen Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Die Ziehung der 4. Klasse 125. königl. Klassen-Lotterie wird auf den 17. April d. J. Morgens 7 Uhr, im Ziehungs-Saale des Lotterie-Gebäudes ihren Anfang nehmen.

Die Erneuerungs-Loose, so wie die Freilose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotterie-Planes unter Vorlegung der bezüglichen Lose aus der 3. Klasse spätestens am 14. d. M. einzulösen.

(St.-Anz.)

**Berlin.** 7. April. [Die telegraph. gemeldeten Artikel der „Sternzeitung“] lauten wörtlich wie folgt, und zwar der erste:

„Wie erfahren, daß am 10. d. M. auf alle höchsten Befehl und in Übereinstimmung mit den Wünschen des Kriegsministers eine Commission von höchstgestellten Generälen zusammenentreten wird, um über die militärische Zulässigkeit weiterer Ersparnisse im Militär-Budget Beratung zu pflegen. Der Vorsitzende des Staatsministeriums und der Kriegsminister werden, dem Unternehmen nach, daran Theil nehmen und der General-Feldmarschall v. Wrangel der Commission präsidiren.“

Der zweite:

„Seit Ausschreibung der neuen Wahlen war sehr begreiflich das allgemeine Interesse auf die Gegenstände gerichtet, welche den bevorstehenden Landtag beschäftigen könnten, und die Tagespresse zeigte sich bemüht, durch darauf bezügliche Mittheilungen zur Befriedigung desselben beizutragen. Wir haben es für unsere Pflicht erachtet, auch unsferseits der allgemeinen Erwartung entgegen zu kommen und, so weit irgend angänglich, uns über verschiedene in den einzelnen Zeitungen enthaltene Mittheilungen Aufklärung zu verschaffen. Danach glauben wir die bereits von einigen Seiten gegebene Nachricht, daß es in der Absicht der Staatsregierung liege, dem Landtage den Etat pro 1862 in größerer Spezialisirung vorzulegen, nicht nur bestätigen, sondern auch dahin erweitern zu können, daß zugleich mit dem Etat pro 1862 auch der Etat für das Jahr 1863 in der specielleren Nachweisung zur Vorlage gelangen soll, um damit dem von den Landesvertretung wie von der Staatsregierung empfundenen Unbehagen abzuhelfen, daß der Etat theilweise früher in Ausführung kommt, als seine Prüfung durch den Landtag stattgefunden hat. Wir hören, daß zu diesem Zweck von dem Herrn Finanzminister die übrigen Herren Ressort-Chefs ersucht worden sind, die Umarbeitung der Etats in der oben angegebenen Weise schließlich zu veranlassen. Außerdem wird uns verichert, daß die Staatsregierung keine neuen Steuergesetze irgend welcher Art dem bevorstehenden Landtage vorlegen wird, vielmehr mit der Erwägung beschäftigt ist, durch Ersparnungen in die Lage zu kommen, vom 1. Juli d. J. ab den Zuschlag von 25 p.C. zur Einkommensteuer u. s. w. nicht weiter beanspruchen zu dürfen. In Betracht anderweiter Vorlagen an den Landtag erfahren wir, daß Gesetzentwürfe von prinzipieller Bedeutung in der bald zu eröffnenden Sommer-Session wohl nicht der Beratung übergeben, sondern der Winter-Session vorbehalten werden dürften. Der Umstand, daß die neuen Minister zur Durcharbeitung derselben kaum Zeit haben möchten, macht dies erklärlich. Dagegen wird es nicht an einer reichenden Zahl anderweiter wichtiger Vorlagen fehlen. Außer den in unserer Sonnabend-Nr. nach dem Handelsarchiv bereits angeführten Gesetzentwürfen, durch welche die Ausführung der Handels- und Zoll-

Verträge mit Frankreich, mit Japan, China und Siam, mit Chili und der Türkei vorbereitet werden und das System des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs in volle Wirksamkeit treten soll, sind mehrere Vorlagen über Tarifänderungen zu erwarten, die in Folge der oben erwähnten Verträge nothwendig sind, und in Bezug auf welche die königliche Regierung mit den übrigen Zollvereinsstaaten sich in Einvernehmen zu segen beabsichtigt. Nach dieser Seite hin geht die Absicht der Staatsregierung, wie wir hören, vornämlich dahin, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung für die nothwendigsten Lebensmittel möglichst umfassende Erleichterungen einzutreten zu lassen, und demnach auf die gänzliche Aufhebung der Getreidezölle und erhebliche Ermäßigung der Eingangssteuern von Reis, Schlachtvieh und Fleisch hinzuwirken. In gleicher Weise und aus gleichem Grunde ist eine fernere Ermäßigung der Bergwerksabgaben in den nächsten 3 Jahren, und zwar immer je um 1 p.C. in jedem Jahre in Aussicht genommen, um die inländische Eisenproduktion gegenüber der verstärkten Concurrenz des Auslandes zu unterstützen, welche in Folge der durch den Handelsvertrag mit Frankreich bedingten Ermäßigung der Eisenzölle zu erwarten sein dürfte.

In Betreff des Baues von Eisenbahnen werden, dem Unternehmen nach, in der Sommersession nur Vorlagen von mäßigem Umfang beabsichtigt, weil für mehrere Linien die zur Bedeutung gemachte unentgeltliche Überlassung von Grund und Boden noch nicht weit genug vorgegriffen ist.

Endlich wird, dem Unternehmen nach, ein Gesetzentwurf vorbereitet, welcher eine Reduction des Briefporto's für die interne Correspondenz, und zwar den Fortfall des jetzigen höchsten Säpes in sich schließt, so daß künftig im Innlande jeder einfache Brief auch für die weiteste Entfernung nicht mehr als 2 Sgr. Porto zu tragen haben würde.

Außerdem haben wir von der Absicht gehört, eine Erhöhung der Salzpreise auf den früheren Saz ausschließlich zu dem Zweck eintreten zu lassen, um die hieraus zu gewinnende Mehr-Einnahme für die Erweiterung der preußischen Flotte zu verwenden. Indessen scheint dieser Plan noch nicht über die ersten Stadien der Vorberatung gediehen zu sein.“

Ein dritter Artikel bringt folgende angebliche Berichtigung:

„Es wird uns als ein in der Stadt circulierendes Gerücht mitgetheilt, daß von dem in unserer letzten Nummer erwähnten vertraulichen Schreiben des Herrn Finanzministers an den Herrn Kriegsminister mehreren höheren Justizbeamten bereits vor 8 Tagen ein metallographisches Exemplar von dem Beamten eines anderen Reichsmts mitgetheilt worden sei. Wir glauben diesem Gerücht auf das Bestimmteste entgegentreten zu müssen, da wohl nicht anzunehmen ist, daß höhere Justizbeamte über die Natur solcher Mittheilungen im Unklaren seien konnten und verabsäumt haben sollten, an betreffender Stelle Anzeige darüber zu machen.“ (Bitte, bitte, lebe „Sternzeitung“; das ist sicher kein Grund; das Schreiben des Herrn v. d. Heydt wird gar zu interessant. Diese angebliche Berichtigung ist zu schlecht gerathen.)

**Berlin.** 7. April. [Protest gegen den Mühlerschen Erlass.] Mit Genugthuung erfährt die „Nat.-Z.“, daß der Senat der Berliner Universität durch einstimmigen Beschluß ebenfalls Protest gegen die Uebersendung von Wahlmanifesten durch den Cultusminister Hrn. v. Mühl erheben hat. Dem Unternehmen nach wahrt dieser Protest in kräftigster Weise die Wahlfreiheit der Professoren und Dozenten. Er hebt namentlich hervor, daß dieselben nicht in ihrer Eigenschaft als Universitätslehrer, sondern als Staatsbürger das Wahlrecht zu üben haben, und daß sie besonders verpflichtet seien, nur nach eigener gewissenhaften Überzeugung zu wählen, da sie sonst jedes moralische Einflusses auf die studirende Jugend verlustig gehen würden. Den Lehrern der Berliner Hochschule zumal würde die Verleugnung solcher Überzeugungstreue bei so wichtiger Gelegenheit umso weniger anstehen, als diese Hochschule unter dem Einfluß einer großen Reformbewegung in Preußen gegründet sei. Ihrem Lehrkörper sei noch erst bei dem 50jährigen Jubiläum die Anerkennung des Königs für seine stets bewährte würdige Haltung zu Theil geworden. Der Senat weist daher mit Entschiedenheit die Rathschläge des Herrn Cultusministers bezüglich der bevorstehenden Wahlen zurück.

— Wie wir ferner hören, haben auch fast sämtliche Professoren der Universität Bonn (nahe an 30) dem Universitäts-Curator einen Protest gegen die versuchte Verkümmерung ihres Wahlrechts übergeben, worin sie ihren Schmerz über die ihnen gemachte Zumuthung aus sprechen und mit Entschiedenheit erklären, daß sie sowohl als Urwähler wie eventuell als Wahlmänner nach ihrer freien Überzeugung stimmen werden und desgleichen auch als Abgeordnete lediglich ihrer Überzeugung folgen würden. Dieser Protest ist vom Curator an den Cultusminister gesandt worden. Wir können nur wünschen, daß die Universitäten nicht die einzigen Corporationen bleiben mögen, die in dieser Weise ihre Selbstständigkeit solchen Ministerial-Rescripten gegenüber wahren. Schwer erklärlich ist namentlich die Haltung der städtischen Corporationen; aus ihrer Mitte haben wir bis jetzt nur von Protesten einzelner Bezirksvorsteher vernommen.

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute im Beisein des General-Feldmarschalls Freiherrn v. Wrangel und des Commandanten von Berlin, General-Lieutenants v. Alvensleben, die Meldungen der General-Lieutenants v. d. Golz, v. Gliszkowski, v. Herwarth und des nassauischen Obersten Grafen v. Gneisenau, und darauf die Vorträge des Geh. Kabinets-Raths Wirkl. Geh. Raths Illaire und des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen. Die Landräthe v. d. Marwitz und Frhr. v. Steinäcker hatten die Ehre, von Sr. Majestät empfangen zu werden, um die Orden ihrer verstorbenen Väter zu überreichen.

Hierauf hatten Allerhöchsteselben eine kurze Besprechung mit den Staatsministern, der auch Se. königl. Hoheit der Kronprinz beiwohnte.

Auf die Gratulationsadresse der städtischen Behörden zum Geburtstage Sr. Maj. des Königs ist, nach Mittheilung des „Komm.-Bl.“, folgendes fulstreiche Antwortschreiben ergangen:

„Der Magistrat und die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenz-Stadt Berlin haben Mir zu Meinem Geburtstage den erneuerten Ausdruck der sie für Mich beselenden Gefühle dargebracht und Ich versichere Sie gern Meiner dankbaren Aufnahme der selben, indem Ich an der Überzeugung festhalte, daß die Vertreter der Bürgerlichkeit die Treue und Anhänglichkeit, welche Sie Mir gelobten, jederzeit zu bethalten beflissen sein werden.“

Berlin, 31. März 1862. (gez.) Wilhelm.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.“

△ **Frankfurt a. O.**, 7. April. [Wahlersatz.] Der Obermaschinemeister der königl. Niedersächsisch-Württembergischen Eisenbahn hat ein Wahlerscript auch an die Eisenbahn-Arbeiter erlassen, in welchem er sie darauf aufmerksam macht, daß sie im Lohn und Brot der Regierung stehen und mithin nicht in einem ihr feindlichen Sinne wählen können. Sie sollen bedenken, wie sie handeln würden, wenn ein bei ihnen in Brot stehender Arbeiter gegen sie agitieren wollte u. s. w. Das geht nun allerdings noch über die Landbriefträger und Postillone; denn immerhin sind die letzteren Staatsbeamte — was man von den Schlossern, Schmieden, Drechsler u. s. w., welche in der Maschinenwerkstätte einer Eisenbahn arbeiten, doch wohl nicht gut sagen kann.

## Deutschland.

**Weimar.** 7. April. [Nationalverein.] Infolge der unlängst erlassenen Einladung trat gestern hier in dem schön geschmückten, großen Saale des Stadthauses, der sich kaum ausreichend erwies, eine Versammlung der Mitglieder des Nationalvereins zusammen. Es waren wohl fast alle Orte Thüringens vertreten, aber auch aus weiteren Genden her fand Beteiligung statt. Die Sitzung wurde Nachmittags unter Vorsitz des Hrn. Henneberg aus Gotha, Berggrath Hofmann aus Eisfeld und Advokat Fries aus Weimar eröffnet. Letzterer hieß die Anwesenden willkommen und begründete den nothwendigen Zusammentritt einzelner Lokal-Versammlungen in Deutschland damit, daß augenblicklich eine General-Versammlung nicht thunlich, eine öffentliche Aussprache der Mitglieder aber nötig sei. Namentlich gelte es, daß man sich klar werde, ob der Vorwurf recht habe, daß der Nationalverein, wenn er Preußen an der Spitze Deutschlands zu sehen wünsche, sein Vertrauen auf wankende Personen und Zeiten setze, oder über nicht vielmehr die Welle, die über das preußische Abgeordnetenhaus weggegangen sei, das Programm des Nationalvereins hoch gehoben, ob der ausdauernde mutige Kampf des preußischen Volks gegen die preußische Reaction zum Siege führen und so die Wahrheit des Vereinsprogramms beweisen werde. Nach einer längeren Rede Franz Duncker's aus Berlin wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Versammlung erklärte: Der Nationalverein hat in seinem Programm die Hoffnung ausgesprochen, daß das preußische Volk sich als Theil des deutschen Volkes fühle, und demgemäß handeln werde; nicht minder erkannte der Nationalverein an, daß die preuß. Regierung vorzugsweise berufen sei, für die Herstellung deutscher Einheit und Macht einzutreten. Die neuesten Vorfälle in Berlin haben vorübergehend Männer zur Leitung des Staates berufen, deren Namen und Vergangenheit die Aussicht in weitere Ferne rütteln, daß endlich die preußische Regierung ihren Beruf erkennen werde. Aber ist die Hoffnung unseres Programmes, welche wir auf den deutschen Sinn des preuß. Volkes bauen, in Erfüllung gegangen. Durch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat das preußische Volk sich seiner großen Aufgabe würdig gezeigt, und die liberale Mehrheit seiner Vertreter hat das Vertrauen, welches nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland auf sie setzte, vollkommen gerechtfertigt. Nicht minder als die Beschlüsse in der kurhessischen Sache, und die Anträge in der deutl. Frage ist es die von den geeinigten entschieden liberalen Fraktionen in der innern preuß. Verfassungsfrage eingetragene Stellung, welche die Zuversicht des deutschen Volks fester und sicher begründen muß. Einer räthselhaften Staatsweisheit hat es gefallen, eine Kammer aufzuladen, welche nicht nur von den Sympathien Deutschlands, sondern ganz Europas getragen und vorzugsweise geeignet war, die Bande zwischen dem liberalen Preußen und dem liberalen Deutschland auf das engste knüpfen zu helfen. Wir leben aber der Sicherheit zuversicht, daß die neuen Wahlen das preußische Volk einmütig dem gemeinsamen Feinde gegenüberstehen werden und daß durch ausdauernden und aufopferungsfähigen Streben nach wahrhaft freiheitlichen Institutionen im Innern der erste unerlässliche Schritt zur Errichtung unsers großen Ziels, der Einigung und freiheitlichen Entwicklung des gemeinsamen Vaterlandes, gethan werde.

## Italien.

Garibaldi scheint aus Rücksicht auf die französische Angst vor allem, was Volksbegeisterung heißt, seine neapolitanische Reise aufgegeben und seiner musterhaften Geduld auch dieses Opfer abgerungen zu haben. Dagegen wird Victor Emanuel gegen Ende dieses Monats, also während des römischen Concils, nach Neapel geben, und, wie schon gemeldet, Statazzi und Pepoli ihn begleiten. In Paris bereitet man in dessen eine neue Lösung der römischen Frage vor. Der Kaiser der Franzosen will dem heiligen Stuhle seinen jetzigen Besitzstand garantieren und auch bei den übrigen katholischen Mächten, namentlich auch bei Bayern, bewirken, daß dieser Besitzstand auch von diesen Mächten verbürgt werde; dagegen soll der Papst ausdrücklich auf die verlorenen Provinzen Verzicht leisten und dafür eine jährliche Geldentschädigung beziehen, welche gleichfalls von Bayern, Frankreich und den übrigen katholischen Mächten mitverbürgt würde. Wir halten diese neue Lösung, wenn sie wirklich in Rom eingereicht werden sollte, blos für einen neuen Versuch, um Zeit zu gewinnen, bis die „Fürschung“, von der in den französischen Kammer so oft die Rede war, einen besseren Ausgang aus der Sackgasse zeigt, in welche sich der Kaiser Napoleon verirrt hat. Bis dahin scheint auch das Räubergeschäft unter dem Schutz der napoleonischen Adler privilegiert zu sollen. Denn obwohl aus Aquila von einem Zusammentreffen zwischen französischen Truppen und bourbonistischen Banden bei Prato-Campoli gemeldet wird, so hat die Erfahrung des vorigen Jahres doch zu oft gezeigt, daß solches Zusammentreffen nur den Schein wahren solle. Die Banden mehren sich zusehends. In Poggio-Orsi bei Gravina in der Terra di Bari kam es zwischen 60 italienischen Soldaten und 120 Banditen zu einem Gefechte, wonach die Räuber sich auf Minervino und Montecarafa zurückzogen und hier zum zweitenmale geschlagen wurden. In Cosenza schleppte die Saracena'sche Bande sechs Bürger fort und legte denselben eine starke Loskaufsumme auf; eine Truppen-Colonne holte die Bande jedoch noch rechtzeitig ein und nahm den ganzen Schwarm gefangen; zehn Banditen, die mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, wurden auf der Stelle erschossen, die anderen, die sich ergaben, wurden den Gerichten überliefert. Diese Vorfälle sind der Einheit Italiens nicht gefährlich, aber sie schänden unser Jahrhundert als tugloses Brandshagen und Blutvergießen, und sie schänden vor Allem dieselben französischen Adler, die jetzt Helferdienste thun, während unter dem ersten Napoleon sie sich um Vernichtung des Banditewesens in Italien so glänzende Verdienste erworben haben. Napoleon I. hätte eher Alles gehabt, als bourbonistische Banden zu protegieren.

Es klingt fast unglaublich, aber in Paris wird es geglaubt und von der „Opinion nationale“ mit sehr bitteren Bemerkungen begleitet, nämlich „daß Franz II. im Begriffe steht, eine Anleihe abzuschließen, die von dem Kaiser von Österreich und dem Könige von Bayern garantiert würde.“ (?) Derselben Depesche zufolge habe General Bosco die Übernahme der Leitung der Insurrection, die man im Neapolitanischen hervorrufen will, abgelehnt. Bekanntlich dringt das pariser Comité darauf, daß König Franz in Person die Führung übernehmen solle.

